



Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik seit dem 24. Februar 2022

Fokus auf Aufrüstung, Verzicht auf diplomatische Initiativen und Rüstungskontrolle

Von Alexander Lurz

Nach der russischen Vollinvasion in der Ukraine am 24. Februar 2022 begann eine fundamentale Neuausrichtung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Bundeskanzler Olaf Scholz, der einer Koalition von SPD, Grünen und FDP vorstand, verkündete drei Tage nach Kriegsbeginn im Deutschen Bundestag eine „Zeitenwende“, deren wesentlicher Bestandteil die Schaffung eines Sondervermögens – genau genommen war es ein Schuldenpaket – in Höhe von 100 Milliarden Euro zur Aufrüstung der Bundeswehr war. Was vorher politisch nicht durchsetzbar gewesen wäre, war nun unter dem Schock der blanken russischen Aggression ohne größere Widerstände möglich. Knapp vier Monate nach dem russischen Angriff, im Juni des Jahres, hatten Bundesrat

und Bundestag die nötige Grundgesetzänderung schließlich beschlossen und das Sondervermögen eingerichtet.

Nur wenige werden angesichts des Volumens dieser Rüstung damals geahnt haben, dass sich das in der Rückschau als geradezu bescheidener Anfang darstellen würde. Mittlerweile haben sich Deutschland – und die anderen NATO-Staaten – dazu verpflichtet, 5 % ihres Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung aufzuwenden (3,5 % für die Streitkräfte sowie 1,5 % für militärisch nutzbare Infrastruktur). Obwohl zur Umsetzung des Ziels bis 2035 Zeit bleibt, hat die Große Koalition von CDU/CSU und SPD unter Bundeskanzler Friedrich Merz erklärt, es bereits ab 2029 umsetzen zu wollen. Für Deutschland bedeutete dies jährliche Verteidigungs-

ausgaben von rund 220 Milliarden Euro. Das sind 170 Milliarden Euro mehr als die Bundeswehr im Jahr 2021 zur Verfügung hatte. Vor diesem Hintergrund verblasst auch das 100-Milliarden-Sondervermögen: Das 1,7-fache seines Volumens wird in der Zukunft nun in jedem Jahr fließen.

Die Erhöhung der Verteidigungsausgaben ist dabei nur ein Teil der Aufrüstung. Gegenwärtig arbeitet die Bundesregierung daran, einen neuen Wehrdienst einzuführen, um die Zielgröße der Bundeswehr von 260.000 Soldat*innen zu erreichen. Ziel dieser Anstrengungen ist es, wie es sowohl Olaf Scholz als auch Friedrich Merz für die aktuelle Bundesregierung formulierten, dass Deutschland über die konventionell stärkste Armee in Europa verfügen soll.⁽¹⁾

(1) <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/spd-fuer-lars-klingsbeil-deutschland-soll-eine-internationale-fuehrungsmacht-werden-a-1c9790fe-77b2-42fd-a2cf-069d428b2d53>
<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw20-de-regierungserklaerung-merz-1064956>



Abgesehen von dem geringen Grad an historischer Sensibilität, mit dem das Ziel verkündet wurde, liegt den Aufrüstungsplänen die Furcht vor der russischen Großmachtspolitik zugrunde. Angesichts des völkerrechtswidrigen Angriffs auf die Ukraine und der Brutalität der russischen Kriegsführung, die sich bei den Massakern in Butscha und Irpin und den systematischen Angriffen auf die ukrainische Energieversorgung u. v. m. zeigte, ist diese Furcht grundsätzlich verständlich. Ihr Ausmaß ist angesichts des militärischen Kräfteverhältnisses zwischen der NATO und Russland jedoch überdimensioniert.

Die militärischen Potentiale der NATO und Russlands im Vergleich

Eine Greenpeace-Studie aus dem vergangenen Jahr hat die militärischen Potentiale beider Seiten anhand von sechs Kategorien – Militärhaushalt, Großwaffensysteme, Truppenstärke, Einsatzbereitschaft, Rüstungsindustrie und Atomwaffen – verglichen und kam zum Schluss, dass die NATO Russland mit Ausnahme der Kategorie Atomwaffen in allen Bereichen deutlich überlegen ist. Die NATO-Staaten gaben im Jahr 2023 1,19 Billionen US-Dollar für ihre Streitkräfte aus, Russland 127 Milliarden US-Dollar (kaufkraftbereinigt 300 Milliarden). Bei den Großwaffensystemen verfügten die NATO-Staaten insgesamt über eine deutliche Überlegenheit, so hatte die NATO zum Beispiel 5.406 Kampfflugzeuge im Arsenal, Russland 1.026. Innerhalb der NATO standen über drei Millionen Soldat*innen unter Waffen, in

Russland 1,33 Millionen, davon lediglich 40 % westlich des Urals. Im Krieg gegen die Ukraine wie beim Eingreifen in den syrischen Bürgerkrieg zeigten die russischen Einheiten zudem erhebliche Schwächen hinsichtlich ihrer Einsatzbereitschaft, während die NATO – hier insbesondere die USA – in verschiedenen Einsätzen ihre militärische Leistungsfähigkeit wiederholt zeigten. Auch das rüstungsindustrielle Potential der westlichen Staaten liegt der Studie nach deutlich über dem russischen. Mit 5.559 Atomsprengköpfen (USA, Großbritannien und Frankreich) gegenüber 5.580 Sprengköpfen auf russischer Seite besteht allein im Bereich der Atomwaffen ein Patt.⁽²⁾

Die Zahlen für das Jahr 2024 ergeben kein anderes Bild. Die NATO-Staaten gaben nun über 1.400 Milliarden US-Dollar für ihre Streitkräfte aus, Russland kaufkraftbereinigt 461,6 Milliarden US-Dollar. Angesichts der Politik von Donald Trump, die die Bündnistreue der USA gegenüber den europäischen Verbündeten trotz mancher rhetorischen Bekräftigungen zweifelhaft erscheinen lässt, ist nun ein genauere Vergleich zwischen den europäischen NATO-Staaten (mit Kanada) hilfreich. Ohne die USA beliefen sich die addierten Militärausgaben auf 490 Milliarden US-Dollar, lagen also oberhalb der russischen. Ein Blick auf die Großwaffensysteme ist ebenfalls aufschlussreich: So verfügten die NATO-Staaten ohne die USA zum Beispiel über 6.797 Kampfpanzer (mit den USA 9.437), 15.666 Artillerie-Einheiten (mit den USA: 22.206), 147 große Kriegsschiffe (mit den USA: 269) und 2.156 Kampfflugzeuge (mit den

USA: 5.253). Demgegenüber hatte Russland 2.900 Kampfpanzer, 6.126 Einheiten Artillerie, 35 große Kriegsschiffe und 1.038 Kampfflugzeuge in seinem Arsenal.⁽³⁾

Ein Vergleich der Potentiale von Streitkräften kann nur eine Näherung als Ergebnis haben. Armeen sind höchst komplexe Gebilde, viele wesentliche Informationen unterliegen der Geheimhaltung, anderes wie die Kampfmoral ist nicht valide messbar. Die oben aufgeführten Zahlen zeigen jedoch, dass von einer westlichen Unterlegenheit keinesfalls die Rede sein kann, sogar ohne die USA ein erhebliches militärisches Potential zur Abschreckung von Russland gegeben ist. Führt man sich zusätzlich vor Augen, wie das Kräfteverhältnis in den achtziger Jahren zwischen Ost und West war, wird die Massivität der gegenwärtigen Aufrüstung umso fragwürdiger: Der Warschauer Pakt war ein enormer politischer, wirtschaftlicher und militärischer Machtblock, dessen Machtbereich sich bis zur Elbe erstreckte. In ihm standen 1988 6,3 Millionen Soldat*innen unter Waffen, während es in der NATO-Staaten 3,4 Millionen Menschen waren. Das addierte Militärbudget der NATO-Staaten betrug 470 Milliarden US-Dollar, das des Warschauer Paktes (ohne Bulgarien, CSSR und DDR) 251 Milliarden US-Dollar.⁽⁴⁾ Das Kräfteverhältnis war damals also deutlich ungünstiger für die westlichen Staaten als es sich heute zeigt. Dennoch verfolgten die USA, gefolgt von ihren Verbündeten, eine aktive Abrüstungs- und Entspannungspolitik, die in einer hochrangigen Gipfeldiplomatie und im INF-Vertrag mündete und die einen entscheidenden

(2) Wann ist genug genug? Ein Vergleich der militärischen Potentiale der Nato und Russlands: https://www.greenpeace.de/publikationen/Kraeftevergleich_NATO-Russland.pdf

(3) Die Zahlen sind der Neuauflage der Studie „Wann ist genug genug“ entnommen, die in diesem Herbst erscheinen wird.

(4) Die Summen sind der SIPRI Military Expenditure Database entnommen und sind „Current US\$“, sie entsprechen also dem damaligen Wert. Für das Jahr 1988 gibt SIPRI keine Zahlen für Bulgarien, CSSR und DDR an, für die Jahre zuvor nicht für die Sowjetunion. Die Warschauer-Pakt-Ausgaben lagen also deutlich höher.

Da für einen Vergleich zwischen den NATO-Ausgaben und denen des Warschauer Paktes die Ausgaben der Sowjetunion entscheidend sind, wurde daher das Jahr 1988 herangezogen. Es ist nicht anzunehmen, dass das Ausgabenverhältnis zwischen Ost und West in den Jahren zuvor, in denen die Annäherung zwischen Ost und West begonnen hatte, in einem relevanten Maß anders aussah.



Beitrag zum Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen leistete.⁽⁵⁾ Militärische Überlegenheit ist also keine Vorbedingung für Initiativen hin zu Rüstungskontrolle und Abrüstung.

Außenpolitische Leerstellen

Die Aufrüstung ist dabei nur die eine Seite der Medaille der neuen deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Die andere ist der Verzicht auf aktive Diplomatie und eine engagierte Rüstungskontrollpolitik. Diplomatische Initiativen zur Beendigung des Ukraine-Krieges, die über öffentlichkeitswirksame Anrufe von Olaf Scholz beim russischen Präsidenten Wladimir Putin hinausgingen, wurden nicht in Angriff genommen. Vermittlungsangebote anderer Staaten wie die von China, Südafrika oder Brasilien wurden nicht unterstützt. So wäre es beispielsweise eine einfache, aber hochsymbolische Geste gewesen, den chinesischen Sonderbeauftragten Li Hui im Anschluss an seine Gespräche in Moskau und Kiew im Mai 2023⁽⁶⁾ zum Austausch nach Berlin einzuladen, um eine deutsche Aufgeschlossenheit gegenüber allen Wegen zu einem Waffenstillstand zu unterstreichen.

Rüstungskontrollpolitische Initiativen blieben unter der Bundesregierung von Olaf Scholz nahezu völlig aus. Von der neuen Bundesregierung ist hier noch weniger zu erwarten. Der Koalitionsvertrag hält fest: „Unser langfristiges Ziel bleibt das Bekenntnis zu Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung sowie Abrüstung.“⁽⁷⁾ Was genau hier mit einem „Bekenntnis“ als „Ziel“ auch gemeint sein mag, entzieht sich der

Interpretation. Sicher ist bei diesem Satz jedoch, dass mit Impulsen auf diesem Politikfeld aus Deutschland nicht zu rechnen ist.

Was ist aus alledem für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik schlusszufolgern:

1. Die Bedrohung für Deutschland durch den russischen Einmarsch in die Ukraine ist real. Angesichts der militärischen wie auch ökonomischen Kräfteverhältnisse zwischen Russland und den NATO-Staaten ist sie jedoch begrenzt.

2. Die Aufrüstungspläne der NATO (5%-Ziel) stehen in keinem rationalen Verhältnis zur Bedrohungslage.

3. Initiativen zur Rüstungskontrolle sollten seitens der Bundesregierung konzipiert und gestartet werden. Im günstigen Fall unterstützen sie diplomatische Vorstöße zur Beendigung des Ukrainekrieges, indem sie Spannungen abbauen und Vertrauen schaffen.

4. Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik sollte dabei nicht auf die USA, Russland und Europa beschränkt bleiben, sondern von Beginn an China mit einbeziehen. Hierfür sind Konzepte zu entwickeln, die den unterschiedlichen Rüstungsstand der Akteure berücksichtigen.

Alexander Lurz, Jahrgang 1976, promovierte an der Berliner Humboldt-Universität über die deutsch-iranischen Beziehungen in den 1970er Jahren. Im Anschluss arbeitete er vier Jahre als Wissenschaftlicher Mitarbeiter für das Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit, unter anderem zum Beschaffungswesen der Bundeswehr, der deutschen Rüstungsexportpolitik und der nuklearen Proliferation. Von 2010 bis 2017 war er Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundestag mit den Schwerpunkten Rüstungsexportpolitik, iranisches Atomprogramm, Entwicklungen im Mittleren Osten sowie diverse Beschaffungsskandale der Bundeswehr. Seit 2018 arbeitet er bei Greenpeace Deutschland als Experte für die Themen Frieden und Abrüstung. Hier vertritt er seine persönliche Meinung.

5. Die Bundesregierung muss selbst zur Akteurin bei der Beendigung des Ukrainekrieges werden. Sowohl unter dem vormaligen Präsidenten Joe Biden als auch jetzt unter Donald Trump stand bzw. steht die deutsche wie europäische Politik im Schatten Washingtons. Insbesondere gilt es hierbei, externe Akteur:innen mit hoher Glaubwürdigkeit und/oder großem Einfluss, wie die Vereinten Nationen, China, Indien oder Brasilien, einzubeziehen bzw. ihnen eine Rolle bei der Beendigung des Krieges zuzugestehen.

6. Konzepte, wie eine Sicherheitsarchitektur in Europa nach Beendigung des Ukrainekrieges aussehen sollte, müssen seitens der Bundesregierung entwickelt werden. Dabei sind die Sicherheitsperzeptionen aller Staaten zu berücksichtigen, insbesondere der osteuropäischen.

Die Welt war seit dem Ende des Kalten Krieges einem großen Krieg, der dann auch ein atomarer sein kann, mutmaßlich niemals näher als dies gegenwärtig der Fall ist. Jede Initiative, die dazu beiträgt, Spannungen abzubauen, ist es daher wert, unternommen zu werden. Den Spielraum hierfür hat die Bundesregierung von Friedrich Merz durchaus. Es braucht jedoch den Willen und die Entschlossenheit dazu.

(5) Wladimir Putin ist nicht mit Michael Gorbatschow vergleichbar, der als damaliger Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion ein Reformier zum Besseren nach innen wie nach außen war. Zu übersehen ist jedoch nicht, dass die Sowjetunion auch unter Gorbatschow in Afghanistan einen brutalen Krieg führte, um ihren Machtbereich auszudehnen. Nicht nur 150.000 bis 180.000 Widerstandskämpfer*innen verloren im Kampf gegen die sowjetische Okkupation ihr Leben, durch Moskaus Großmachtspolitik starben auch bis zu 2 Millionen Zivilist*innen.

(6) <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/china-moskau-100.html>

(7) https://www.koalitionsvertrag2025.de/sites/www.koalitionsvertrag2025.de/files/koav_2025.pdf

